In: Das Argument 207, Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, 36. Jg., Heft 6, Nov./Dez. 1994

Demokratie und Differenz

Feministische Bündnispolitik auf dem Weg zu einer Zivilgesellschaft. Berlin, 14. bis 16. Oktober 1994

Der von der Frauenanstiftung (Helga Braun) und dem Frankfurter Büro für frauenpolitische Forschung (Dörthe Jung) organisierte Kongreß thematisierte Differenzen zwischen Frauen (Lesben und Heteras, Schwarzen und Weißen, In- und AusländerInnen, Theoretikerinnen und Praktikerinnen) nicht nur, auch die Vorbereitungsgruppe war bereits entsprechend zusammengesetzt, das Programm in dieser Hinsicht gelungen. Leider wurde die bundesdeutsche Thematik der differenten Erfahrungen von Frauen mit Ost- und Westbiographien vernachlässigt. Auch die Differenzen, die sich aus unterschiedlicher Klassenherkunft ergeben, wurden kaum angesprochen. Die Frage nach »Gleichheit und Differenz« der Geschlechter wurde durch die nach der Binarität der Mann/Frau-Konstruktion ersetzt. Auf der Grundlage des Eingeständnisses von Differenzen unter Frauen wurden Schwierigkeiten und Chancen für eine feministische Bündnispolitik zum Schwerpunkt der Veranstaltung, die damit die (vornehmlich) US-amerikanische Debatte um Repräsentationspolitik in demokratischen Gesellschaften aufgriff. Radikal-demokratische Theorien wurden nach ihrer praktischen Relevanz befragt.

Rund 300 Teilnehmerinnen, davon ca. 20 Prozent schwarze Frauen waren gekommen. Nancy Fraser (Northwestern University Illinois) eröffnete den Kongreß mit einem Beitrag zur Theoriegeschichte der US-amerikanischen Debatte um »Gleichheit und Differenz« und des aus ihr hervorgegangenen Diskurses um »Demokratie und Differenz«. Sedef Gümen (Universität Osnabrück) fügte die Sicht der schwarzen US-Bürgerrechtsbewegung hinzu und kommentierte die bundesdeutsche Diskussion. Sie kritisierte den egozentrischen Mitleidsdiskurs der antirassistischen Frauenbewegung und forderte mehr politisches Engagement mit und für schwarze Frauen. Wie eine radikal-demokratische Gesellschaft mit Differenzen umgehen könnte, erläuterte Chantal Mouffe (Collège International de Philosophie, Paris) aus einer identitätspolitischen Perspektive. Alle drei Theoretikerinnen erklärten die Kategorien Geschlecht, Sexualität, Nationalität, Ethnizität und Rasse zu Konstrukten, die jedoch zu unterschiedlichen Identitätsbildungen führten. Diese differenten (Teil-)Identitäten seien vornehmlich durch Herrschaftsdiskurse und Klassifikationsstrukturen geprägt und Ursache für Hierarchien innerhalb der Gesellschaft. Dies zu erkennen sei ein erster Schritt, um Gleichheit und soziale Gerechtigkeit innerhalb einer demokratischen Gesellschaft umzusetzen.

Zentral für den Vortrag von Beate Rössler (Universität Bremen) war der Stellenwert der Freiheit im Privaten und Öffentlichen. Reformpolitik wurde hier allerdings ausschließlich als Politik zur Gleichstellung der Geschlechter thematisiert. – Alle weiteren Vorträge galten der praktischen Umsetzung von Repräsentationspolitik.

Anregend waren hierbei die Schilderungen von Lisa Albrecht und Rose Brewer (University of Minnesota), die Prämissen für die Praxis feministischer Bündnispolitik vorstellten. Dagmar Schulz (Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin) und Pari Teimoori (Arbeitsstelle der Autonomen Iranischen Frauenbewegung, Berlin) zeigten Schwierigkeiten im bundesdeutschen Raum auf. Schuld, Scham, Schweigen und Existenzängste wurden durch die Diskussion über ethnische Quotierung innerhalb der Berliner Frauenprojekte bei den Kongreßteilnehmerinnen geweckt. Interessant war, daß eine derartige Quotierung zum Teil mit den gleichen Argumentationen abgelehnt wurde, die Männer gegen die Frauenquote im Politischen verwenden.

In den abschließenden Foren, jeweils von einem Impulsreferat eröffnet (Claudia Koppert, Pari Niemann, Birgit Sauer, Barbara Holland-Cunz), wurden Handlungsstrategien und mögliche Konzeptionen einer Gesellschaft ohne Ungleichheiten und mit sozialer Gerechtigkeit diskutiert. Andersartigkeiten wahrzunehmen, zu akzeptieren, sich wechselseitig zuzuhören und zu unterstützen galten als feministische Prinzipien einer radikal-demokratischen Politik. Für einen feministisch-demokratischen Umbau der Gesellschaft wurden gleichberechtigte Kommunikations- und Partizipationsstrukturen gefordert, die allen Identitäten Räume für politisches Handeln und damit die Vertretung ihrer Interessen bieten.

Der Kongreß war informativ, anregend, aber vor allem auch motivierend, die Themen der Tagung in politische Praxis umzusetzen. Drei Tage intensiven, fruchtbaren Austausches wurden abgeschlossen mit einer Resolution, in der die am letzten Kongreßtag neugewählte Bundesregierung aufgefordert wird, die Artikel 116 und 16 GG einer demokratischen Neufassung zu unterziehen und damit den Umbau der Bundesrepublik zu einem zivilgesellschaftlichen, radikal-demokratischen Bundesstaat voranzutreiben. Die Zivität *(citizenship)* sollte in diesem Staat als Leitbild jeglicher juristischer Norm festgeschrieben werden. Schon heute dürfen sich engagierte Feministinnen auf den geplanten Folgekongreß freuen, der Formen von Repräsentationspolitik sowie Machtstrukturen unter Frauen thematisieren wird. Eine Dokumentation des Kongresses wird angestrebt (Informationen über die Frauenanstiftung, Helga Braun, Grindelallee 96, 20146 Hamburg, Telefon 040/457139).

Ute Behning (Berlin)

BERICHT

„Demokratie und Differenz – Feministische Bündnispolitik auf dem Weg zu einer Zivilgesellschaft" vom 14-16.10 1994 in Berlin

Kathrin Braun

Welche Demokratie? *Welche* Differenz(en)? Diese beiden Fragen zogen sich wie ein roter Faden durch den Kongreß, zu dem die Frauen-Anstiftung der Grünen/Bündnis 90 in Zusammenarbeit mit dem Büro für frauenpolitische Forschung und Beratung in Frankfurt sowie dem Regenbogen-Stiftungsverband nach Berlin eingeladen hatten. Die Veranstaltung hatte sich zum Ziel gesetzt, einer politisch-feministisch interessierten Öffentlichkeit die im angloamerikanischen Raum seit längerem geführte Debatte um den Umgang der Demokratie mit ethnischen, sozialen, kulturellen und politischen Differenzen bekannt zu machen. Interessant an dieser Veranstaltung war neben dem Thema auch die Zusammensetzung der ca. 250 Teilnehmerinnen, insofern unter den Veranstalterinnen, Referentinnen und Zuhörerinnen zahlreiche Migrantinnen waren, was für wissenschaftliche Tagungen in der Bundesrepublik noch keineswegs eine Selbstverständlichkeit darstellt. Damit war bereits ein kleiner Schritt getan in Richtung dessen, was die Veranstalterinnen sich zum Zweck gesetzt hatten, nämlich eine Diskussion in Gang zu bringen zwischen Frauen unterschiedlicher Herkunft und sozialer Situierung über demokratische Perspektiven in der modernen Einwanderungsgesellschaft.

Dabei ging es zum einen um demokratietheoretische Konzepte, zum anderen um Fragen politischer Handlungsstrategien, wobei Letzteres deutlich im Vordergrund stand. Theoretische Konzepte wie das der Zivilgesellschaft, das undiskutiert etwas vorschnell, bereits als Ziel in den Titel aufgenommen worden war, sowie kommunitaristische Theorieansätze wurden erst am letzten Tag in parallel stattfindenden Foren thematisiert.

Die Plena waren beherrscht von folgenden Fragen: Wie sollte der Umgang mit Differenzen zwischen Frauen aussehen? Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang heute der Gedanke der Gleichheit? (Wie) können Differenz(en) und Demokratie miteinander vereinbart werden? In welchem Verhältnis ist die Kategorie Geschlecht zu anderen sozialen Kategorien zu sehen, wie v.a. Ethnie und Hautfarbe? Als Grundtendenz der Diskussion lassen sich zwei ganz überwiegend geteilte Überzeugungen festhalten: zum einen, daß es nicht um die Apologisierung von Differenzen schlechthin gehen kann, sondern die Frage ansteht, welche Differenzen anerkennenswert sind und welche nicht, und zum anderen, daß 'Geschlecht' nicht die einzige Kategorie feministischen Denkens und Handelns sein könne, sondern verknüpft werden müsse mit anderen sozialen Kategorien.

So fragte gleich zu Beginn *Nancy Fraser* (Evanstone/Illinois, z.Zt. Wien) in ihrem Vortrag zu 'Democracy and Difference: a feminist perspective on the U.S. debate': Welche Ansprüche auf (Gruppen-)Identität beruhen auf Verhältnissen sozialer Herrschaft und Unterdrückung und welche stellen eine Herausforderung solcher Verhältnisse dar? Weder Anti-Essentialismus noch Multikulturalismus hätten es in der amerikanischen Diskussion geschafft, kulturelle Differenzen auf dem Hintergrund *sozialer* Differenzen zu thematisieren. Heute käme es darauf an, die Diskussion um Differenzen auf den Bezugspunkt 'Gleichheit' zurückzubeziehen und einen anti-essentialistischen Multi-Kulturalismus zu verbinden mit dem Kampf für mehr Demokratie und einer Kritik sozialer Ungleichheit. Hier wiederum forderte sie die Dimension der Arbeitsteilung und der Ökonomie ein, die im US-amerikanischen Diskurs so sehr vernachlässigt werde.

Politische Vierteljahresschrift, 36. Jg. (1995), Heft 1, S. 94–97 © Westdeutscher Verlag

Sedef Gümen (Osnabrück) warnte in ihrem Vortrag zu 'Differenz, Ungleichheit, Demokratie im bundesdeutschen und US-amerikanischen feministischen Diskurs' v.a. davor, Begriffe wie 'Differenz' oder 'Multikulturelle Gesellschaft' unreflektiert von der US-amerikanischen Diskussion in die bundesdeutsche zu übertragen, da diese Begriffe in den USA im Kontext eines anderen, auf politischer Inklusion von Einwanderern beruhenden Staatsbürgerrechts entwickelt worden seien, wogegen die Rede von Multikulturalismus in der Bundesrepublik oft auf der Ausblendung sozialer und politischer Ungleichheit basiere.

Am deutlichsten formuliert wurde das Problem der Differenzierung zwischen Differenzen bzw. des Verhältnisses von Differenzen und Demokratisierung von *Chantal Mouffe* (Paris). Sie brachte die Frage, die viele bewegt hatte, auf den Punkt: welche Differenzen existieren, die nicht existieren sollten und welche sollten existieren, die nicht existieren? Unter dem Titel 'Feminist politics and the question of identity' präsentierte Mouffe eine Verbindung dekonstruktivistischer Denkansätze mit einer radikaldemokratischen Politikkonzeption, indem sie zwar im Sinne eines antiessentialistischen Denkens soziale Akteure verstand als ensemble beweglicher Subjektpositionen, zugleich jedoch die Notwendigkeit betonte, zwischen diesen „a chain of equivalence among struggles", eine Bündniskette der Marginalisierten herzustellen. Dazu sei es absolut erforderlich, daß die verschiedenen Gruppenidentitäten sich in die Auseinandersetzung begeben, u.U. transformiert und neudefiniert werden und einige, die auf dem Ausschluß der Rechte anderer basieren, auch abgeschafft gehören. Was dabei offen blieb, war die Frage, wie solche Unterscheidungen zwischen demokratischen und undemokratischen Gruppenansprüchen gefällt werden können, ohne das 'Was' der jeweiligen Ambitionen einzubeziehen. Die rein auf das 'Wie' des Handelns ausgerichtete Frage nach der Dialektik von Dezentrierung und Rezentrierung, welche den Vortrag von Chantal Mouffe bestimmte, kann aus sich heraus wohl kaum zu einer notwendig inhaltlichen Unterscheidung zwischen herrschaftlichen und nichtherrschaftlichen, demokratischen und undemokratischen Verhältnissen führen. Ohne solche Unterscheidungen bleibt die Grenzziehung eines wie auch immer beweglichen 'Wir' nichts anderes als ein beliebiger weiterer Akt der Ausschließung.

Sowohl Mouffe wie auch Gümen plädierten gegen eine Substantialisierung der Kategorie 'Frauen' und eine alleinige Konzentration auf die Geschlechterdifferenz, und setzten sich für die Untersuchung der Interdependenzen zwischen verschiedenen sozialen Kategorisierungen ein.

Als Kontrapunkt dazu postulierte *Beate Rössler* (Berlin) die nicht unwidersprochen gebliebene These, die Diskussion um Differenz müsse, solange die Gleichheit zwischen Frauen und Männern nicht erreicht sei, eine Diskussion um Differenz zwischen Frauen und Männern – und nicht zwischen Frauen und Frauen – sein. Erst wenn die Gleichheit zwischen den Geschlechtern erreicht sei, seien 'wir' sensibel für die Differenzen zwischen Frauen, die 'wir' wollen. Welches 'Wir' hier gemeint war, das entscheiden soll, wann welche Differenzen thematisiert werden dürfen, wurde nicht gesagt. Ihr Referat zum Thema 'Feministische Politik und der Begriff der Freiheit' mahnte die feministische Bewegung zum Festhalten liberaler Freiheitsrechte, da deren „eigentlicher" Bedeutungskern nicht in der Garantie persönlicher (männlicher) Verfügungsrechte im Privatbereich liege, sondern sich beschränke auf subjektive Abwehrrechte gegenüber dem Staat. Von welchem Bezugspunkt aus allerdings von 'eigentlichen' und 'uneigentlichen' Freiheits- bzw. Privatheitskonzeptionen gesprochen werden könnte, legte die Referentin nicht dar. Frauen müßten mittels gleichberechtigter politischer Partizipation für ihre Teilhabe an liberalen Freiheitsrechten streiten. Eine Diskutantin wandte darauf ein, daß gerade, wenn es um politische Partizipation ginge, ohne die doch Gleichheit nicht erreicht werden könne, es um die Frage der Subjektkonstitution gehen müsse und in diesem Zusammenhang auch um die Auseinandersetzung um Differenzen. Diese müsse mit einer Politik der Gleichheit einhergehen und könne ihr nicht zeitlich nachgeordnet werden.

Anschließend folgte ein Vortragsblock, der sich stärker mit der politisch-praktischen Seite der Differenzen und Allianzen zwischen Frauen befaßte. *Rose Brewer* und *Lisa Albrecht* (Minneapolis/Minnesota) stellten zunächst den von ihnen maßgeblich mitentwickelten theoretischen und politischen Ansatz der

'Bridges of Power – Multicultural Alliances between Women' vor. Sie unterschieden dabei zwischen Allianzen und Koalitionen, wobei sie unter Allianzen Bündnisse verstanden, die über punktuelle, kurzfristige und auf einzelne, isolierte Themen bezogene Zusammenschlüsse hinausgehen und langfristigere, verläßlichere gemeinsame Anstrengungen für eine Reihe gemeinsamer Ziele darstellen.
Sie präsentierten den Zuhörerinnen einen reichhaltigen Einblick in die Geschichte von Erfolgen und Mißerfolgen der Bündnispolitik zwischen u.a. der Lesben- und Schwulenbewegung, der feministischen Bewegung und antirassistischen Bewegungen, schilderten neue Essentialismen, verpaßte Chancen, neue Dominanzen und Bornierungen, aber auch positive Entwicklungen wie die zunehmende Rezeption des black feminism in der feministischen Theorie oder die ansetzende Thematisierung von Gewalt gegen Frauen in den afro-amerikanischen 'communities'. Auch sie plädierten, wie Mouffe und Gümen, für nicht-additive, multiple Modelle der Theoriebildung in bezug auf gender, race and class. Mit der Aufforderung, das *internationale* Ineinandergreifen von Ausbeutungsstrukturen zu beachten, waren Rose Brewer und Lisa Albrecht diejenigen, die am eindringlichsten, wenn auch in recht programmatischer Weise, die Dimension ökonomischer Ungleichheit thematisierten und eine globale Perspektive einnahmen.
Dagmar Schultz und *Pari Teimoori* (Berlin) sprachen anschließend über 'Bündnisse von Frauen – Ansprüche und Realität antirassistischer Zusammenarbeit'. Dagmar Schultz gab zunächst einen Abriß der Geschichte der autonomen Frauenbewegung in der Bundesrepublik, die aus ihrer Sicht weitgehend auch eine Geschichte von Ausgrenzungen gewesen ist. So habe sich die Zugehörigkeit zur Bewegung insbesondere in den Anfängen oft gerade durch die Nicht-Zugehörigkeit der Frauen zu anderen Gruppen definiert. Pari Teimoori stellte dann die Ergebnisse einer empirischen Untersuchung vor, die sie zur Repräsentanz von 'schwarzen Frauen', eine Kategorie, in der sie explizit Migrantinnen, Jüdinnen und 'women of colour' zusammenfaßte, in Berliner Frauenprojekten durchgeführt hatte. Diese Untersuchung ergab nicht nur, daß in zahlreichen Projekten gar keine 'schwarzen Frauen' vertreten waren, sondern auch, daß ihre Präsenz um so dünner ausfällt, je attraktiver die Arbeitsplätze sind. Auch hinsichtlich der Mechanismen von Ausgrenzung (Stichwort: „mangelnde Qualifikation") entdeckte sie dabei zahlreiche Ähnlichkeiten mit dem Geschlechterverhältnis. Die feministischen Frauenprojekte seien in ihren Zielsetzungen proklamativ universalistisch, in ihrer Praxis jedoch nicht. An diesen Vortrag schloß sich eine intensive, aber zugleich auch bedrückte Diskussionen um eine Quotierung zwischen deutschen Frauen und Migrantinnen in autonomen Frauenprojekten an.
In den Foren dann wurde versucht, die theoretischen Einsichten der vergangenen zwei Tage mit der Diskussion konkreter politischer Probleme und Strategien zu verbinden.
In Forum I „Feministische Bündnispolitik ohne kollektives 'Wir'?" ging es um das Spannungsverhältnis zwischen der Notwendigkeit, eine kollektive Identität zur Erreichung politischer Ziele zu entwickeln und der Problematik der Ausgrenzung und Homogenisierung, die damit verbunden ist. Eine Lösung wurde am ehesten in der Entwicklung eines vorübergehenden, prozessualen 'Wir' gesehen. Das Impulsreferat für dieses Forum hielt *Claudia Koppert*. Forum II „Feministische Bündnisse zwischen Machtkonflikten und gemeinsamen Perspektiven" (Impulsreferat: *Pari Niemann*) beschäftigte sich mit konkreten Vorschlägen, was weiße deutsche Frauen hier und jetzt tun können, um Bündnisbildungen zwischen Frauen voranzutreiben. Forum III hatte zwar den weitgespannten Titel „Ein Recht auf Besonderheit? Selbstbestimmung, Gemeinschaft und radikale Demokratie", befaßte sich aber inhaltlich schwerpunktmäßig mit der Kommunitarismus-Debatte. Es ging um die Frage, welche Anknüpfungspunkte kommunitaristische Konzepte für eine feministische Politik zu bieten haben und worin aus feministischer Sicht ihre Hauptproblempunkte liegen. Insbesondere in der fehlenden Thematisierung gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsstrukturen wurde ein schwerwiegendes Defizit gesehen. Kontrovers diskutiert wurde die Frage der Bedeutung von 'Gemeinschaft' für eine feministische Bewegung; einige standen diesem Begriff äußerst skeptisch gegenüber, wogegen andere eine Perspektive in der Entwicklung eines offenen, nicht-substantialisierten Gemeinschaftsbegriffes sahen. Das Impulsreferat hielt *Birgit Sauer*. Forum IV schließlich diskutierte das Thema „Feminismus und Zivilgesellschaft"

(Impulsreferat: *Barbara Holland-Cunz*). Diskutiert wurde u.a. die Frage, ob 'Zivilgesellschaft' heute zum Utopieersatz geworden ist und lediglich eine euphemistische Beschreibung des Status quo abgebe. Als positiv angesehen wurde die Vorstellung einer nicht-institutionalisierten Öffentlichkeit, in welcher auch der Umgang mit Differenzen seinen Ort habe. Frauen müßten sich an der Entwicklung einer solchen Öffentlichkeit beteiligen und selbst innerhalb der Frauenbewegung stärker Strukturen des Miteinander-Sprechens und des wechselseitigen Zuhörens entwickeln. Alle Foren waren gut besucht, und die Diskussionen wurden, wie sich in den anschließenden Berichten ausdrückte, als sehr konstruktiv empfunden.
Am Schluß wurde noch eine Resolution für die doppelte Staatsbürgerschaft und die Ablösung des ius sanguinis im Staatsbürgerrecht verabschiedet. In der anschließenden Tagungskritik wurde als gravierendster Kritikpunkt eingebracht, daß die Spaltungen zwischen Ost und West kein Thema gewesen waren. Dies ist nicht zu bestreiten, da die gesamte Veranstaltung einen Versuch darstellte, das Diskussionsniveau der USA in bezug auf das Verhältnis von Differenzen und Demokratie einzuholen. Die Veranstalterinnen nahmen die Kritik als Anregung, eventuell eine weitere Tagung anzuschließen, welche insbesondere die Demokratisierungsbewegungen und -blockaden in Osteuropa thematisiert, u.a. eine eingehendere feministische Erörterung der Perspektive 'Zivilgesellschaft'. Vielleicht gelänge es einer solchen Tagung ja auch, nicht nur die Seite der Akteure und Handlungsformen zu beleuchten, sondern auch materiale Bestimmungen sich gegenwärtig formierender Herrschaftsverhältnisse sowie gemeinsamer politischer Ziele und Entwürfe einzubinden, um in bezug auf die Kriterien emanzipativen politischen Handelns, die ja wiederholt auf dieser Tagung angemahnt wurden, mehr Klarheit zu gewinnen.

Informationen

Susanne Stolt

Demokratie feministisch radikalisieren?

Bericht über den Kongreß »Demokratie und Differenz. Feministische Bündnispolitik auf dem Weg zu einer Zivilgesellschaft« vom 14.–16. Oktober 1994 in Berlin

Wie können aus einer feministischen Perspektive Wege aufgezeigt werden, die zu einer demokratischeren Gesellschaft führen, wie können sich Frauen in eine Debatte einmischen, die angesichts des gesellschaftlichen Umbruchprozesses auf der Tagesordnung steht? Diese Fragen waren der Anlaß eines von der Frauenanstiftung (in Zusammenarbeit mit dem Regenbogen-Stiftungsverband e.V. und dem Büro für frauenpolitische Forschung & Beratung e.V.) organisierten Kongresses in Berlin mit dem Titel »Demokratie und Differenz«.

Zu der Frage, wie eine Gesellschaft gestaltet werden könne, die in der Lage wäre, vielfältige Differenzen zu berücksichtigen und auszubalancieren *(Helga Braun)*, habe insbesondere die feministische Theorie und Praxis beizutragen, da sie in der Lage sei, »Differenzen nicht als Hindernis der Demokratie, sondern als Bereicherung zu sehen« (Klappentext Programm). Ein Mangel innerhalb der deutschen Debatte sei jedoch bisher die fehlende Berücksichtigung von Differenz zwischen Frauen gewesen. Dabei seien die Probleme mit der Differenz zwischen Frauen ganz akut: zwischen ost- und westdeutschen Frauen, zwischen Migrantinnen und deutschen Frauen. Hier gebe es einen »großen Diskussionsbedarf« *(Dörte Jung)* unter Frauen, der aber eben nicht nur der eigenen Selbstverständigung dienen und sich in der feministischen Praxis niederschlagen solle, sondern auch einen wichtigen Beitrag zur Frage des demokratischen Umgangs mit Differenz überhaupt leisten könne.

Das Programm zielte auf eine Verknüpfung von demokratie-theoretischen Fragen mit praktisch-politischen Problemen. Eine Erweiterung der Perspektive erhofften sich die Veranstalterinnen insbesondere durch die Beiträge von US-amerikanischen Referentinnen und deren Bezug auf die angloamerikanische Debatte um Differenz, die dort schon eine längere Tradition hat.

Nancy Fraser (Northwestern University, Evanstone/Illinois) eröffnete das Programm mit ihrem Vortrag »Demokratie und Differenz: Ein feministischer Blick auf die US-Debatte«, in dem sie die einzelnen Stationen der feministischen Debatte um Differenz nachzeichnete und mit politischen Lösungswegen eines demokratischen

Umgangs mit Differenz zu verbinden suchte.

Die anfänglichen Ansätze eines »Egalitätsfeminismus«, in welchem Differenz als Ursache für Benachteiligung und Sexismus galt, und eines »Differenzfeminismus« als Gegenposition, bei dem gerade die Leugnung der Geschlechterdifferenz als wesentlicher Mechanismus der Reproduktion von männlicher Herrschaft herausgestellt wurde, seien im Hinblick auf die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit gleichermaßen unvollkommen geblieben. Eine Erweiterung und Wendung habe die Debatte Ende der 80er Jahre erfahren, als farbige, lesbische und jüdische Frauen wie auch Frauen anderer Ethnien die Anerkennung ihrer Interessen und anderen Identität einforderten und den bisherigen Feminismus als den weißer, heterosexueller Frauen kritisierten. Das, so Fraser, habe die feministische Theorie und Praxis in Zugzwang gebracht: Nicht nur die Geschlechterdifferenz, sondern auch andere Formen von Differenz hätten von nun an berücksichtigt werden müssen.

Im Ergebnis habe sich eine Debatte zwischen »antiessentialistischen, dekonstruktivistischen« und »multikulturalistischen« Positionen entwickelt. Während antiessentialistische Versionen Differenz als eigentliches Repressionsinstrument identifizierten und deshalb jede Form von Differenz und Identität zu dekonstruieren suchten, beruhe die multikulturalistische Position genau auf dem Gegenteil, nämlich der Anerkennung und Gleichbehandlung aller (kulturellen) Differenzen. Die antiessentialistische Position ermöglicht, nach Frasers Ansicht, zwar grundlegende Einsichten in Funktionsweisen der Machtentfaltung durch die Schaffung von Differenz und macht deutlich, daß vorgeblich natürliche Verbindungen von Differenz und Ungleichheit immer kulturell produzierte sind. Jedoch führe die Infragestellung jeglicher Differenz und Identität zur Handlungsunfähigkeit. Statt dessen müsse differenziert werden zwischen verschiedenen Differenz- und Identitätskonstruktionen und deren sozialen Folgen: Welche sind notwendig und bedeutsam, welche dagegen dienen tatsächlich nur der sozialen Ungleichbehandlung und Machtentfaltung? Die multikulturalistische Position führe dagegen zu einer Nivellierung aller sozialen Ungleichheitslagen. Unkritisch werde jede Differenz gefeiert, ohne danach zu fragen, welche Funktion ihr innerhalb eines hierarchisierenden Herrschaftssystems zukomme.

Fraser plädierte für die Aufnahme einer neuen Debatte um Gleichheit und Differenz, in der eine Verbindung von antiessentialistischen und multikulturalistischen Positionen gesucht wird. Es müsse danach gefragt werden, wie sich die Geschlechterdifferenz zu den anderen »Achsen der Differenz« – wie Klasse, Sexualität, Nationalität, Ethnizität – verhalte, und »wie wir alle diese sich überschneidenden Unterschiede im Blick behalten können, während wir gleichzeitig darum kämpfen, Demokratie auszuweiten und viele Formen von Ungerechtigkeit einzudämmen«. Ausgangspunkt bliebe die Anerkennung von Differenz als eine unhintergehbare Tatsache. Zu fragen sei aber immer nach den Wirkungen dieser Differenz im Hinblick auf die Schaffung von sozialen Ungleichheitsstrukturen.

Aus der Sicht von *Sedef Gümen* (Universität Osnabrück), die über »Differenz, Ungleichheit, Demokratie im bundesdeutschen und US-amerikanischen feministischen Diskurs« sprach, führt der jeweils andere, sozio-kulturelle Kontext der Differenz-Debatte zu unterschiedlichen Thematisierungen und Perspektiven. In der Bundesrepublik werde weiterhin an der Geschlechterdifferenz als wesentlicher und bedeutsamster Differenz festgehalten, während andere Differenzen lediglich einen additiven Stellenwert hätten. Der Multikulturalismus bekäme so in der deutschen Debatte ganz andere Konnotationen. Dies ließe sich zum einen auf die politisch-soziale Besonderheit zurückführen, daß Staatsangehörigkeit und kollektive Identität in der Bundesrepublik weiterhin mit der Vorstellung von »Volkszugehörigkeit« verknüpft seien, was sich vornehmlich im Ab-

stammungsprinzip äußere. In den USA hingegen sei die Konstruktion von vornherein eine andere: Politische Inklusion entfalte sich dort vor dem Hintergrund ethnisch-kultureller Differenzen, die Staatsangehörigkeit sei gegenüber ethnischen Besonderheiten neutral. Zum anderen spiele in Deutschland die traditionell antiinstitutionelle und antistaatliche Politik der Autonomie in der Frauenbewegung eine problematische Rolle. Dadurch werde die besondere Bedeutung der Geschlechterdifferenz gegenüber anderen Differenzen bestärkt, Differenzen zwischen Frauen blieben dem untergeordnet. Migrantinnen und farbige Frauen hätten sich den Kriterien eines weißen, deutschen Feminismus anzupassen. Der vorgebliche »Antirassismus« bliebe so in einer Geste der Selbstbezichtigung stecken. Nach Gümen sollte es aber darum gehen, Differenz als Herrschaftsweise in Frage zu stellen. Die Nichtberücksichtigung von Differenz zwischen Frauen setze Mechanismen der Hierarchisierung und Ausgrenzung in Gang. In der Überwindung dieser Borniertheit sieht Gümen offenbar die Chance für eine Weiterentwicklung der (westdeutschen) feministischen Debatte. Hier bleibt anzumerken, daß in der westdeutschen feministischen Debatte sehr wohl die Differenz unter Frauen eine Rolle spielte. Sie wurde aber, im Anschluß an die Diskussion der Libreria-Frauen in Mailand, als positives Faktum und Bereicherung diskutiert.

Am darauffolgenden Tag eröffnete *Chantal Mouffe* (Collège International de Philosophie, Paris) das Programm mit ihrem Vortrag über »Feministische Politik und die Frage der Identität«. Im Gegensatz zu Nancy Fraser sieht sie insbesondere im antiessentialistischen Zugang eine Chance für radikal-demokratische, feministische Politik, wenn er als zunächst theoretischer verstanden werde, der erst einer Vermittlung zu praktisch-politischen Strategien und Handlungsweisen bedürfe. Der übliche Vorwurf, so Mouffe, mit der Dekonstruktion gehe das Subjekt politischen Handelns verloren, sei falsch. Nicht die Vorstellung des Subjekts überhaupt solle im Antiessentialismus aufgegeben werden, sondern nur dessen Konzeption als homogene Einheit, als Identität. Erst wenn der Subjekt- und der Identitätsbegriff als ein Ensemble verschiedener und auch widersprüchlicher Subjektpositionen verstanden werde, sei der Schritt zu einer tatsächlichen Anerkennung von Differenz in all ihren Formen möglich. Subjekte seien als soziale Akteure in verschiedene Beziehungen und Subjektpositionen eingebunden, die sie verknüpfen müßten. Das ist der Ausgangspunkt für Mouffes politisches Konzept von »Zivität«, verstanden als Identifizierung mit übergeordneten Prinzipien moderner Demokratie, parallel zu einem Pluralismus, der den Kampf gegen verschiedene Formen von Unterdrückung ermögliche. Durch die Akzeptanz von sehr unterschiedlichen und einander widerstreitenden Identifizierungen (auch im Subjekt selbst) könne eine übergeordnete Gemeinsamkeit, »Zivität« Gestalt annehmen. In Abgrenzung zum liberalistischen Demokratieverständnis geht es Mouffe aber nicht um feststehende, unversalistische Kriterien für Demokratie. Feststehend sei nur das Prinzip einer zu schaffenden, übergeordneten Gemeinsamkeit, deren Inhalt aber immer wieder Gegenstand der Auseinandersetzung und prozeßhaften Ausgestaltung bleiben müsse.

Beate Rössler (Philosophin, FU Berlin) unterschied in ihrem Referat »Feministische Politik und der Begriff der Freiheit« zwischen privater und öffentlicher Freiheit und deren jeweils anderen Geltung für die Geschlechter. Sie forderte eine erneute Beschäftigung und Auseinandersetzung mit den Begriffen »Privat« und »Öffentlich« in der feministischen Wissenschaft, die über die übliche Kritik hinausgehe, daß die öffentliche, politische Sphäre nach männlichen Maßstäben konzipiert und der Ausschluß der Frauen durch die Trennung in eine öffentliche politische und private häusliche Sphäre von vornherein gewährleistet sei. Rössler dagegen hob hervor, daß die Begriffe von Öffentlichkeit und Privatheit sowie deren Trennung innerhalb der

liberalen Demokratie eine in der feministischen Theorie kaum beachtete Bedeutung hätten. Die Trennung liege dort zwischen garantierten, privat-individualistischen, liberalen Freiheiten (wie Freiheit der religiösen Anschauung, individuelle Autonomie, freie Berufswahl, Freizügigkeit etc.), durch die Differenz anerkannt und ermöglicht werde, und den öffentlich demokratischen Rechten der Teilhabe am Politischen, wo Gleichheit trotz aller Differenz hergestellt werden solle. Es gelte in der feministischen Politik an dieser fortschrittlichen Idee des Liberalismus von der individuellen, privaten Freiheit festzuhalten, aber darüber hinaus die männliche Definitionsmacht von individuellen Freiheitsrechten zu brechen und die individuellen Freiheiten von Frauen in gleicher Weise wie für Männer zu erweitern. Es gehe also um eine Reinterpretation von Privatheit, in der sich der Schutz individueller Freiheitsrechte nicht auflöse. Den Realisationsraum dieser politischen Idee sieht Rössler u.a. in einer noch zu schaffenden zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit, in der Bedürfnis- und Interessenartikulation möglich wären und die Differenz von Frauen sichtbar und hörbar werden könnte.

In der anschließenden Diskussion wurde Beate Rössler heftig kritisiert wegen der fehlenden Berücksichtigung von Differenz jenseits der Geschlechterdifferenz. Damit sei der Ausschluß von Frauen anderer Nationalität, Ethnie, Hautfarbe etc. vorprogrammiert. Die Entgegnung Rösslers auf diese Kritik stellte nochmal deutlich ihre Position heraus: Erst wenn die politische Anerkennung von Differenz für alle Frauen erreicht sei, könnten die ebenso bedeutsamen kulturellen Differenzen genügend Raum finden.

Einen weiteren Einblick in die US-amerikanische Debatte um Differenz erlaubte der gemeinsame Vortrag von *Rose M. Brewer* und *Lisa Albrecht* (beide University of Minneapolis). Ihr Beitrag mit dem Titel »Bridges of Power – multikulturelle Bündnisse zwischen Frauen« machte deutlich, wie eng theoretische Perspektiven in den USA mit politischen Kämpfen verknüpft sind. Sie gaben einen Überblick über einzelne Stationen und Entwicklungslinien innerhalb der feministischen Auseinandersetzung um Rassismus und Multikulturalismus. Rose Brewer hob dabei die Schwierigkeiten hervor, tatsächlich zu Bündnissen zwischen den einzelnen Gruppen von Frauen zu kommen. In der Vergangenheit seien immer wieder neue Differenzen und Hierarchisierungen entstanden. Unterschiedliche Identitäten seien immer verbunden mit dem Problem der Internalisierung sowohl von Unterdrückung als auch der Ausübung eigener Herrschaft. Wie wären die Fehler zu vermeiden, die den weißen Feministinnen vorgeworfen wurden? Dazu müsse ein neues Verständnis von Macht durchgesetzt werden. Macht werde normalerweise als Kontrolle und Beherrschung von oben nach unten definiert. Aber Macht sei ebenso ein Prozeß, der bei Identitätsbildungen und der Etablierung von Bündnissen in Gang gesetzt werde.

Lisa Albrecht knüpfte hier an und fragte, wie neue Modelle von Macht und Führung zu entwickeln und realisieren seien. Wie Macht mit, statt über Personen und Gruppen entfalten? Welche Verknüpfungen von Macht existieren zwischen Geschlecht, Klasse, Ethnie, Sexualität, »race«? Wie sind Demokratie und Differenz miteinander zu verbinden? Die Vernetzung aller Kämpfe, die Schaffung von Bündnissen, in denen ein Bewußtsein sowohl für die eigene als auch für die Unterdrückung anderer vorherrscht, das Begreifen von unterschiedlichen Standpunkten, multiple statt additiver Modelle von Differenz waren einige Aspekte der Antworten, die Lisa Albrecht zu geben versuchte.

Der folgende Doppelvortrag von *Dagmar Schulz* (Professorin an der Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin und Verlegerin des Orlanda-Frauenverlags) und *Pari Teimoori* (Arbeitsstelle der Autonomen Iranischen Frauenbewegung Berlin) thematisierte den Umgang mit Differenz in der westdeutschen Frauenbewegung (Titel des Vortrages: »Bündnisse von Frauen – An-

Gegen männliche Meinungsführer

■ Unter dem Motto „Demokratie und Differenz" plädierten Feministinnen in Berlin für mehr Einmischung in die Politik

Berlin (taz) – Die deutsche Frauenbewegung ist verstummt. Obwohl sich die gesellschaftlichen Verhältnisse seit dem Mauerfall in rasanter Weise verändern, findet sie bislang ihre Sprache nicht wieder. Sie zettelt keine Debatten an, mischt sich nicht ein, nimmt keine feministischen Kurskorrekturen mehr vor. Diese „Hinnahme der männlichen Meinungsführerschaft im gesellschaftlichen Umbruchprozeß" ist Dörthe Jung ein Dorn im Auge. Deshalb organisierte die Frankfurter Politikberaterin in Zusammenarbeit mit der grünennahen Frauenanstiftung am letzten Wochenende in Berlin den Kongreß „Demokratie und Differenz".

Ziel des Kongresses war es, die feministische Politik und ihre Strategien zu überprüfen. Gesucht wurde nach neuen Orientierungen, die der Komplexität gesellschaftlicher Problemlagen gerecht werden. Denn heute kann nicht mehr allein die Geschlechterfrage ausschlaggebend sein. Schließlich geht es längst darum, neue Bündnisse zu schließen, Bündnisse, die die Differenz unter Frauen, aber auch die sozialen Ungleichheiten mitdenken. Daß dieser Ansatz auch ein Anliegen vieler, vor allem jüngerer Frauen ist, bewiesen die rund 300 Kongreßteilnehmerinnen, die nach Berlin kamen.

Ein Plädoyer für mehr Einmischung hielt auch Beate Rössler, Mitarbeiterin am Philosophischen Institut der Freien Universität Berlin. Sie rief Frauen dazu auf, künftig verstärkt und aktiv in politischen Parteien mitzuarbeiten. Nur so könnten im öffentlichen Raum die Interessen von Frauen durchgesetzt werden.

Rose Brewer und Lisa Albrecht, beide Mitarbeiterinnen der University of Minneapolis in Minnesota, plädierten für Bündnisse zwischen Frauen unterschiedlicher Rasse, Klasse, Ethnie oder sexueller Orientierung, auch auf internationaler Ebene. Vorsicht sei bei solchen Bündnissen allerdings geboten. Denn nur allzuoft, das zeigen die US-Erfahrungen, üben Frauen unter sich erneut Herrschaft aus. Solche bestehenden Machtverhältnisse gilt es aufzudecken. Frauen müßten, so Brewer und Albrecht, in ihrer Interaktion neue politische Formen und Sprachen finden. Sedef Gümen von der Universität Osnabrück brachte das auf den Nenner: „Wo die Unterschiede politisiert werden, da ist auch die Basis für Gleichheit zu finden."

Neue feministische Bündnisse, Demokratie und die Zivilgesellschaft Deutschlands standen im Mittelpunkt der vielfältigen Diskussionen in Berlin. Das Fazit: Vor allem aufgrund der Ausdifferenzierung der Frauenbewegung ist die politische Einmischung von Feministinnen aus dem öffentlichen Raum nahezu verschwunden. Deshalb gilt es, erneut feministische Strategien zu entwickeln, die sich gegen Herrschaft und ihre Bedingungen richten.

Doch gerade diese Strategien kamen in Berlin zu kurz. Einig war frau sich lediglich, daß eine demokratische Reform des StaatsbürgerInnenrechts unerläßlich sei. Das völkische Staatsverständnis, mit dem ImmigrantInnen als Fremde ausgegrenzt werden, müsse abgeschafft werden, hieß es in einer Resolution, die am Sonntag verabschiedet wurde. Denn nur mit der rechtlichen Anerkennung von AusländerInnen als deutsche StaatsbürgerInnen ist eine politische Partizipation und damit die Mitgestaltung der deutschen Demokratie möglich.

Mechtild Jansen

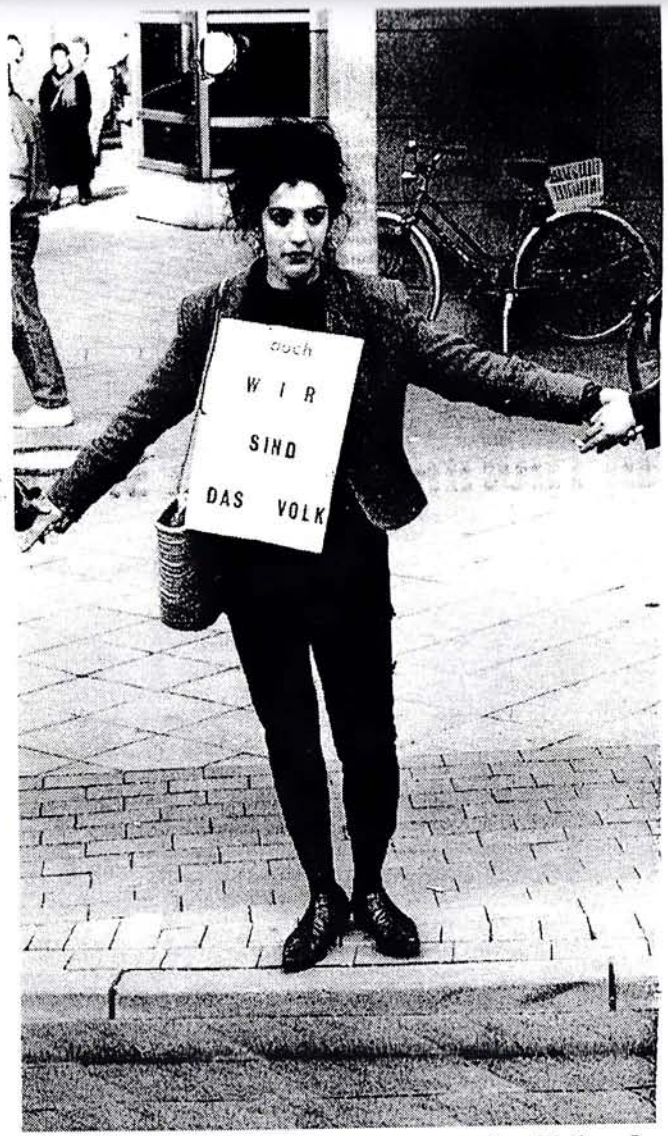

Foto: Wolfgang Bor

die tageszeitung ■ Donnerstag, 20. Oktober 1994

Demokratie im Nebel

Die deutsche Frauenbewegung ringt um Erkenntnis. Sie will die Neuordnung der Gesellschaft mitgestalten, weiß aber noch nicht so recht wie. ■ **Von Mechtild Jansen**

■ Thema: Demokratie entdecken

Es tut sich was im deutschen Feminismus. Diesen Eindruck jedenfalls gewann Mechtild Jansen auf dem Kongreß „Demokratie und Differenz", der vergangenes Wochenende in Berlin stattfand.
Auch wenn klare Konzepte und Strategien zur politischen Einflußnahme noch fehlen, scheint sich doch zumindest die Erkenntnis breitzumachen, daß es angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen überfällig ist, die feministische Stimme zu erheben. Zwecks Orientierungshilfe schaut frau derzeit über den großen Teich, wo schon seit einiger Zeit das eigene Demokratieverständnis, die Zivilgesellschaft und die Idee des Kommunitarismus diskutiert werden. Eine scharfe Beobachterin dieser Debatten ist die Philosophin Nancy Fraser. Sie erläutert ihre Sicht auf den Flügelkampf zwischen Dekonstruktivismus und Multikulturalismus.

Der Berliner Kongreß „Demokratie und Differenz" sollte sich, so die Veranstalterinnen, mit den gesellschaftlichen Umbrüchen auseinandersetzen, feministische Politik reflektieren und wo notwendig revidieren. Die Vorstellung US-amerikanischer Diskussionsansätze sollte die hiesige Debatte beflügeln.

Grün-alternative Frauen, Autonome, Lesben, Immigrantinnen, Frauenforscherinnen und Studentinnen debattierten nahe an den Problemen, mit denen sich die Frauenbewegung heute konfrontiert sieht. Die theoretisch-politische Diskussion richtete sich auf die Situation der Frauen, ihre Unterschiede untereinander und im Verhältnis zu Männern, soziale Ungerechtigkeiten wurden als Problem neu wahrgenommen, es wurde nach den Strukturen und Mechanismen von verschiedenen Unterdrückungsverhältnissen unter veränderten Prämissen gefragt. Multiple Identitäten, Bündnisse, radikale Demokratie und Zivilgesellschaft wurden so erstmalig in einer frauenpolitischen Öffentlichkeit als gesellschaftspolitische Vorstellungen debattiert. Auffällig nur: Über den Ost-West-Konflikt wurde nicht gesprochen.

Denkanstöße kamen erst einmal aus dem Ausland. So schlugen Nancy Fraser (USA) und Chantal Mouffe (Paris/London) eine produktive Verarbeitung der Debatten um Gleichheit und Differenz vor. „Was ist der Unterschied, der einen Unterschied macht für die Demokratie", fragte Fraser. Erst relationale Identitäten, pluralistische Multikultur und soziale Gerechtigkeit zusammengenommen markierten ihrer Meinung nach den Weg zu Freiheit und Gleichheit für alle. Differenzen seien nicht per se schlecht oder gut, sondern müßten politisch beurteilt werden.

Mouffe hob die ständige Veränderung und Konstitution der Subjekte, die Dialektik von festgelegt und offen hervor. Es sei zu zeigen, wie „Frau" in unterschiedlichen Kontexten unterschiedlich konstruiert werde, mit dem Hinweis auf sexuelle Differenz aber immer soziale Unterordnung geschaffen werde. Gleiches gelte für andere Unterdrückungsverhältnisse. Ein gemeinsames „Wir" stifte sich über die Gegnerschaft gegen Herrschaft.

Beate Rössler (Universität Bremen) stellte die Differenz zwischen Frauen und Männern und den Begriff Gleichheit in den Vordergrund. Die Anerkennung individueller Differenz sei der liberalen Demokratie eigen, wie der proklamierte Schutz der privaten und öffentlichen Freiheit zeige. Feministische Politik habe die privaten Rechte und die politische Partizipation in gleicher Weise zu rekonstruieren und einzufordern. Dazu müsse die Trennung des Öffentlichen vom Privaten und die Zuordnung der Frauen zu letzterem überwunden werden. Erst wenn die Gleichstellung mit den Männern erreicht sei, solle die Differenz zwischen Frauen ausgetragen werden.

Eine Position, der Dagmar Schultz (Berlin) wohl kaum zustimmen würde. Sie kritisierte das Desinteresse westdeutscher Frauen am Los ausländischer Frauen und am ostdeutschen unabhängigen Frauenverband. Erst die schwarzen Frauen böten mit ihrem Blick auf die mehrfachen Identifikationen ein ganzheitliches Konzept von Befreiung. Ob diese Art von Idealisierung hilfreich ist oder die zu Recht beanstandeten Machtunterschiede eher verstellt denn bloßlegt, bleibt zu hinterfragen.

Sedef Gümen (Osnabrück) wies auf eine ganz konkrete Diskriminierungspraxis in Deutschland hin. Die Debatten um politische Teilhabe und Gleichwertigkeit hätten in den USA einen anderen Bezugspunkt als hierzulande. Während dort staatsbürgerliche Identität über die weltbürgerlichen Prinzipien und Rechte gestiftet werde, beziehe sie sich hierzulande immer noch auf das völkische Prinzip. Multikulturalismus verkomme dadurch zu einem bloßen und zudem statischen Kulturmodell ethnischer Differenz. Eine Differenzdebatte ohne Beharren auf einem neuen Staatsbürgerrecht und einem Antidiskriminierungsgesetz perpetuiere also Herrschaft.

Rose Brewer und Lisa Albrecht (USA) beschäftigten sich mit dem Problem der Bündnisse. Die Individuen hätten nicht eine, sondern verschiedene Identitäten. Die Vernetzung verschiedener Kämpfe und der Kampf gegen die Spaltungen seien notwendig. Wie das gelingen soll, blieb offen. Während der Kongreß allem Kommunitarismus tief skeptisch begegnete, freundete er sich mit der Idee der Zivilgesellschaft vorsichtig an. Barbara Holland-Cunz (Berlin) stellte den Diskussionsstand vor. Zivilgesellschaft wird mit „Demokratisierung", Partizipation, Öffentlichkeit, Selbstkonstituierung und -mobilisierung freier Individuen und gesellschaftlicher Zusammenschlüsse assoziiert. Mit ihrem Wachsen können kommunikative Strukturen, Rechte und Institutionen öffentlicher Willensbildung entstehen. Die Zivilgesellschaft sei „feministisch anschlußfähig". Form- und Strukturlosigkeit könne jedoch auch undemokratische Praktiken produzieren. Die Idee der Zivilgesellschaft sei deshalb zu konkretisieren.

Die Diskussion zeigte, daß von einem Konzept noch nicht die Rede sein kann, sich der Begriff aber zur Projektion von Wünschen und Befürchtungen eignet. Verbirgt er die Wende zur Realpolitik der Frauenbewegung, zu bloßem Lobbyismus? Ist er in der Lage, einen Weg zum Umgang mit Antagonismen und Dominanzverhältnissen zu zeigen, die sich nicht freiwillig kommunikativ überwinden lassen? Gibt es überhaupt einen garantierten Raum für Zivilgesellschaft, und wie verhält er sich zu Staat und Ökonomie, bedienen sich letztere nur an ihm? Ohne die Existenz universaler Rechte und sozialökonomischer Gleichheit jedenfalls kann Zivilgesellschaft als solche wenig emanzipatorische Gestaltungskraft entfalten.

An Problemen und Kontroversen gab der Kongreß manches zu denken. Wenn die antiinstitutionelle, separat orientierte autonome Frauenbewegung nach dem Verlust des einheitlichen kulturell gedachten „Wir" nun die wieder kulturell gedachten Differenzen unter Frauen entdeckt, so verlagert sich die Debatte nicht nur, sondern es besteht auch die Gefahr, daß jeder politische Widerstand sich im Nichts verliert. Wer Unterschiede als legitim betrachtet, muß sehr genau sagen, welche insbesondere auch sozialen Unterschiede warum erlaubt sind, welche politisch, welche privat sind. Eine enstprechende „Liste", wie gefordert, hilft kaum, da sie starr und schematisch wäre und die Multiplizität und Verschränktheit unterschiedlicher Unterdrückung gerade ignorierte.

Es wäre jeweils neu auf den Begriff zu bringen, worin Herrschaft besteht und wie sie sich im Zusammenhang theoretisch und praktisch darstellt, um wirksame alternative Konzepte entwickeln zu können. Auch wäre das Interesse der Individuen an der Gesellschaft und an kollektiven Zusammenhängen und umgekehrt genauer zu klären, damit nicht Herrschaft nur reproduziert wird und demokratische Prozesse und Strukturen im einzelnen bestimmt werden können. Auf dieser Basis wären konkrete politische Projekte zu formulieren und neu zu bestimmen, mit welcher Art politischer Organisation welche Rechte durchgesetzt oder welche Probleme gelöst werden können.

Frau hat sich den Brennpunkten zugewandt, zur Auseinandersetzung zurückgemeldet und sich den gesamtgesellschaftlichen Eingriff vorgenommen. Das ist eine Wende. Ob und in welche Richtung das zum politischen Handeln animiert, wird sich zeigen.

Politische Partizipation von Frauen im Sächsischen Landtag. Und welches Ressort hat die Dame? Richtig, das Frauenministerium. *Foto: dpa*